

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
8 (1894)**

82 (11.4.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-216358](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-216358)

Organ für Vertretung der Interessen
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Ersteinst täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate die viergespaltene Seite 10 a
bei Wiederholungen Rabatt.
Belegungsliste Nr. 4696.

Abonnement
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 Mk.
für 3 Monate . . . 1,40 „
für 1 Monat . . . 0,70 „
incl. Postgebühren.

Nr. 82.

Bant, Mittwoch den 11. April 1894.

8. Jahrgang.

Volksschule und Sozialdemokratie.

Anlässlich des von Breslauer Volksschülern veranstalteten Ständes in einem Schulhause hat die „aufgeklärte“ Presse wieder einmal alle Schleusen bürgerlichen, widerlichen Pharisäertums aufgezogen. Nur eine Probe für viele! Die „Schlesische Zeitung“ leistet sich in einem Kommentar zu dem Vorkommnis, der ihr von dritter Seite ausgeht, folgende Sätze: „Es giebt heute, besonders in den größeren Städten, weite Schichten der Bevölkerung, welche über Gott, Religion, Schule und Obrigkeit ganz andere Begriffe haben, als die Schule lehrt. Witzblätter und sozialdemokratische Blätter sorgen dafür, daß Alles, was der Schule heilig ist, verhöhnt und verlästert wird. Die Eltern, welche diesem modernen Irrthum verfallen sind, glauben nicht früh genug ihren Kindern ihre „Auffklärung“ beibringen zu müssen, wodurch Zweifel und Zwiespalt in den jungen Gemüthern erzeugt wird. Was die Schule mühsam aufbaut, wird vom Hause oft in kurzer Zeit niedergedrückt.“ Mehr sittliche Entrüstung wegen eines einfachen Schülertrawals kann man nicht verlangen! Selbstverständlich sind auch wir dafür, daß Disziplin in der Schule herrscht; es ist nur merkwürdig, daß die bürgerliche Presse für die Rubensfreude von Volksschülern immer so empfindsame Nerven hat, während sie die gleichen oder schlimmere Exzesse von Gymnasialisten und Studenten regelmäßig weit milder beurtheilt. Wir wollen dafür die Erklärung zu geben suchen — sie liegt in dem ungeheueren Schuldenbewußtsein, welches die bürgerliche Gesellschaft den Proletariatskindern gegenüber hat!

Die Volksschule kann nämlich als eine Art Sündenpiegel alles Desjenigen bezeichnet werden, was die bürgerliche Gesellschaft der jungen Arbeitergeneration anstiftet. In der Volksschule zeigen sich zunächst die grauenhaften Wirkungen des heutigen Wirtschaftssystems auf körperliches und geistiges Verhalten der Arbeiterkinder. Daß ein großer Theil dieser Arbeiterkinder mangelhaft genährt und gekleidet zur Schule kommt, ist etwas ganz Gewöhnliches. Hunderte von Lehrern und Lehrerinnen haben schon bezeugt, daß vielen dieser armen Wesen jedes warme Frühstück abgeht. Wohlthätige Vereine und die von der Gemeindeverwaltung vertheilten deshalb Betseluppen, Milchportionen und Brod an die Kinder. Aber in jedem Bericht über solche Wohlthätigkeitseinrichtungen kann man lesen, daß der Noth noch nicht zum zehnten Theil gesteuert sei. Man könne die Kosten nicht erzwängen und müsse sich deshalb auf die Stillung des größten Hungers beschränken. Das ist die Art und Weise, wie die bürgerliche Gesellschaft hungernde Volksschüler behandelt. Auf der einen Seite zwingt sie Mann und Frau, so früh am Tage als nur möglich zu einem Erwerb auszugehen, der oft noch nicht einmal zur Beschaffung des Nöthigsten für

die Familie hinreicht. Dann isst sie die hungernden Kinder mit Betseluppen ab. Und dann setzt sie Allem die Krone auf, indem sie alle Schalen des Jorns über die „Verwahrlosung“ dieser Kinder ausgießt. So ein kleines Wesen sieht oft auch Mittags die Eltern nicht, die in der Großstadt zu weit entfernt arbeiten, um in die Wohnung zurückkehren zu können. Eine Nachbarin hat dann das vorher bereitete Proletariatsessen für die Kinder zurechtgestellt und gewärmt; im Uebrigen sind dieselben auf die Straße angewiesen. Abends gehen Vater und Mutter ermüdet heim und sind froh, wenn sie Ruhe haben. Woher soll da Einfluß auf die Kinder kommen? Ein Interesse für die Schulfortschritte des Kindes sucht sich manchmal durchzuringeln, dann erlähmt es vor der Uebermacht des Glücks. Rein Wunder, wenn Tropfen der Verbitterung und Gebanken der Auflehnung auch in die Gemüther der Kinder hinüberfließen. Sind die Kinder einmal unter solchen Umständen bis zu 10 Jahre alt geworden, dann ist auch nichts mehr an ihnen zu bessern. Und wo sind die Einrichtungen, mit welchen die bürgerliche Gesellschaft diesem Massenelend begegnet? Man sucht sie vergebens! Da und dort ein paar Kinderhorte, die Menschenfreunde errichtet haben. Im Uebrigen läßt man die Dinge gehen, wie sie wollen.

Das ist aber nur die eine Seite der Sache; die Unterlassungsünden der bürgerlichen Gesellschaft sind auf der anderen, der Schulleite, mindestens ebenso groß. Es giebt keine Stadt in Deutschland, das kann man ruhig sagen, die ausreichend für ihre Schulwesen gesorgt hätte. Schlechte Mietshäuser für überfüllte Klassen, schlecht bezahlte Lehrer, unvollkommen ausgebildete Schulsysteme und ganz unzureichende Lehrmittel trifft man noch überall, in den Großstädten so gut wie in den Mittel- und Kleinstädten oder gar auf dem Lande, wo ein Lehrer oft 120 bis 150 Volksschüler händigen und gleichzeitig unterrichten soll. In Berlin haben 82 pCt. aller Volksschulklassen mehr als 40 und zur Hälfte bis zu 70 Schüler, in München, um einen recht weit abliegenden Ort zu nennen, sogar 92 pCt. aller Volksschulklassen, und hier steigt die Maximalzahl der Schüler sogar bis zu 74. Welchen Nutzen da der einzelne Volksschüler von einer solchen Masseneinrichtung haben kann, liegt auf der Hand. Die sogenannte „erzieherische“ Wirkung der Schule muß bei solch einem Hordenwesen vollständig verloren gehen. Bücher, Hefte und Schreibmaterialien können sich zwar viele Kinder kaum anschaffen, aber keine deutsche Volksschule hat sich noch dazu entschließen können, grundsätzlich die Vermittlungsfreiheit einzuführen. In Bayern dauert die Volksschulpflicht überhaupt nur bis zum 13. Jahre, und dieses „Referatrecht“ imponirt den preussischen Agrariern so, daß sie es lieber heute als morgen bei sich einführen möchten. Erhielten sie doch dadurch ein Jahr früher billige Arbeitskräfte.

Einkweilen durchlöchern sie auf dem Lande mit Hüttschulen und abgekürztem Sommerunterricht das vielgerühmte Volksschulsystem. Auf den Fortbildungsunterricht namentlich in Preußen wollen wir deshalb lieber gar nicht mehr zu sprechen kommen. Er sollte die regelrechte Fortsetzung der Volksschule sein; wenn man aber für diese schon nicht viel übrig hat, so bleibt für die Fortbildungsschule gar nichts. Am letzten Donnerstage haben unsere Genossen im Reichstage dies gebührend festgenagelt.

Nicht die Sozialdemokratie, sondern der heutige Klassenhaas ist also der größte Feind einer guten Volksschule, die sich mit seinen kapitalistischen Interessen nicht verträgt. Aus den kapitalistischen Zuständen wachsen Schülertrawale heraus, wie der Breslauer, und die Sozialdemokratie mit ihrer scharfen Kritik der kapitalistischen Zustände ist nicht die Förderin, sondern die größte Feindin der Verhältnisse, welche solche Dinge hervorruhen. Wenn es überhaupt denkbar wäre, daß der Klassenhaas ein Machtbereich an die proletarische Bewegung abträte, ehe diese nicht auch alle übrigen Gebiete erobert hat: die Volksschule wäre unter sozialdemokratischem Regime jedenfalls in besseren Händen, als im heutigen Junker- und Kapitalistenstaate. („Vorwärts.“)

Politische Rundschau.

Bant, den 10. April.

— Im Reichstag wurde gestern der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Reiche und der Republik Uruguay in zweiter Lesung angenommen. Derauf folgte die zweite Beratung des Abkommens mit der Schweiz betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenrecht, welches nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt wurde. Bei der Debatte über den Geleitzurwurf, betreffend Abänderung des Geleitzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehstehlen, brachte unser Genosse Birkl die Thierqualerei bei den Eisenbahn-Viehtransporten zur Sprache. Auch dieser Geleitzurwurf wurde angenommen, womit die Sitzung ihr Ende erreichte. — In der heutigen Sitzung konnten unter Anderem Wahlprüfungen zur Verhandlung. — Der Senatoren-Konvent setzte den Schluss der Reichstagsverhandlung für diese Session auf Ende nächster Woche fest.

— Im preussischen Abgeordnetenstaate fand am Sonnabend bei der Beratung des Eisenbahn-Etats ein Stellheben aller Reaktionsäre statt. Man debattirte wenig über die notwendige Laxirreform und gar nicht über die elende Lage der niederen Beamten und Arbeiter des Ressorts des Herrn von Thielen, dafür desto mehr über die Genußsucht der Arbeiter, welche in die großen Städte ziehen und den patriarchalischen Zuständen auf den Gütern unserer die Hundepflichte schwingenden Junker die Rücken lehnen. Graf Ranig gab den Ton an und Herr Thielen stimmte zu, nur

Durch Sturm und Wetter.

Original-Roman von C. Reerfeld.

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die Haltung und die Bewegungen des Greises waren von einer nahezu jugendlichen Behendigkeit und Kraft, und in seinen Augen, deren unbestimmbare Farbe behändig zu wechseln schien, konnte, wenn sich eine lebhafteste Erregung seiner bemächtigte, ein lobenswerthes Feuer aufstrahlen, wie man es nur im Auge eines lebenskräftigen und lebensschäftlichen Jünglings zu sehen gewohnt ist.

Der Alte legte Hut und Mantel ab und betrachtete nun auch seinerseits die beiden Schüßlinge, zu denen er auf eine so seltsame Art gekommen war, mit aufmerksam prüfenden Blicken. Namentlich Lydia sah er lange forschend und durchdringend an und es schien ihm zu gefallen, daß sie die Augen nicht niederschlug, sondern seinen Blick klar und scharf, ohne mit einer Wimper zu zucken, erwiderte. „Sagt Euch, Kinder“, sagte er endlich mit aller Freundlichkeit, der sein wenig biegsames Organ fähig war. „Ich will glauben, daß Ihr mir in allen Stücken die Wahrheit gesagt habt, und so mögt Ihr bei mir bleiben, so lange es Euch in meiner armeneligen Hütte behagt und so lange nicht eine höhere Gewalt einen Strich durch unsere Pläne macht. Seid Ihr damit einverstanden?“

Leo blickte fragend auf Lydia; diese aber schien eine unerklärliche Zuneigung für den häßlichen Alten gefaßt zu haben, denn sie streckte ihm die Hand entgegen und sagte: „Ja, wir wollen bei Ihnen bleiben, wenn Sie uns behalten wollen und wenn wir hier irgend eine Arbeit verrichten können, durch die wir unseren Unterhalt verdienen.“

Er streichelte mit seinen knochernen Fingern sanft ihr silberweißes Haar und sagte: „Nun, dazu dürfte sich leicht Gelegenheit finden! Du wirst mir mit der Zeit die

alte Aufwärterin ersetzen können, die jetzt alle Tage eine Stunde herüber kommt, um hier ein wenig Ordnung zu machen. Und später — nun, später wird vielleicht einmal der Tag kommen, wo Du mir und einer großen Sache einen anderen, gewichtigeren Dienst leisten kannst!“

Sie konnte nicht ahnen, auf was er anspielte; aber in ihren tiefen Augen leuchtete es seltsam auf, und vielleicht hätte sie eine nähere Erklärung seiner räthselhaften Worte verlangt, wenn er nicht jeder weiteren Unterhaltung kurzweg damit ein Ende gemacht hätte, daß er Leo aufordnete, ihn in den ersten Stock zu begleiten, wo er ihm ein Lager bereiten würde, während Lydia hier unten zurückbleiben und das hier aufgeschlagene Bett benutzen sollte.

Eine Viertelstunde später waren die Richter in dem einsamen Hause wieder erschollen und es lag still wie ein riesiger Sarkophag in der nächtlichen Finsterniß da.

Die Verletzung, welche Manuñi von Lydia schwerem Wundgeschloß davongetragen, war nicht eben von sehr bedenklicher Art. Der Schred hatte das meiste dazu beigetragen, ihn niederzuwerfen, und die anfängliche Betäubung war in Folge seines Raufes bald in einen tiefen Schlaf übergegangen, welcher trotz der unangenehmen Lage des Jongleurs auf den harten Boden während der ganzen Nacht anhielt. Erst als die Morgenjonne hell in die Fenster schien, richtete er sich empor und rief sich die Erinnerung an die Vorgänge der Nacht zurück. Zwar schwirrten ihm die Dinge im Kopfe ziemlich wild durcheinander und wie ein Nebel umflorte es sein Gedächtniß, aber der leichte Schmerz, welchen ihm die Schramme an der Stirn verursachte, und die Scherben der Lampe neben ihm auf dem Fußboden lagen doch seinem getrübbten Erinnerungsbildern soweit zu Hilfe, daß sein erster Gedanke der an den Verbleib seiner beiden Pflanzender war.

Er sprang empor und rief ihre Namen, aber Leo, welcher sein Schlafzimmer theilen sollte, war nirgends zu erblicken, und als er die Thür zum Nebengemach aufriß, fand er auch Lydia Lager unberührt.

„Sie sind davongelaufen!“ war sein erster Gedanke, und unverzüglich schickte er sich an, seinen Anzug zu ordnen, um die geeigneten Schritte zu ihrer Verfolgung zu thun. Zwar fehlte ihm jeder Anhalt, wohin sie sich gemanet haben könnten; aber er zweifelte dessen ungeachtet selbst für den Fall, daß seine Nachforschungen vergeblich bleiben sollten, nicht daran, daß sie sehr bald wieder bei ihm sein würden. Wohin sollten sie sich, mittellos, wie sie waren, in der fremden Stadt gemanet haben, wie sollten sie bei ihrer Jugend und bei ihrer Unkenntniß des Lebens eine Möglichkeit finden, ihren Unterhalt zu erwerben. Das Einfachste und Sicherste wäre es gewesen, sich an die Polizeibehörde zu wenden, und er hätte damit auch keinen Augenblick gezögert, wenn es sich nur um Leo allein gehandelt hätte. Aber in Bezug auf Lydia mochte sein Gemüthe wohl nicht ganz rein sein, und er trug jedenfalls kein Verlangen danach, von der Obrigkeit nach den Beweisen für ihre Herkunft und für sein Recht, sie bei sich zu behalten, befragt zu werden. So überließ er es denn, nachdem er selbst am Babnhofe und an einigen anderen Orten, wo er erwarten konnte, sie zu finden, vergeblich umhinau nach den Flüchtigen gehalten, getroffen dem zwingenden Einflusse der Obdachlosigkeit, des Hungers und der Noth, ihm seine beiden Schüßlinge wieder zuzuführen.

Erst als der erste und auch der zweite Tag vergangen waren, ohne daß sie sich eingestellt hätten, oder daß ihm irgend eine Nachricht von ihnen zugekommen wäre, kam ihm die Besorgniß, daß sein Warten doch vielleicht ein vergebliches sein könnte.

(Fortsetzung folgt.)

...er, besser als eine Erhöhung der übrigen nicht...
...Herr Bred, der wohlbeachtete Kommissar der reichsten...
...Die Debatten zeigten so recht wieder, wie ungenirt die Herren...
...zum härtesten Klassenhaß aufzureizen, und weiter zeigen sie, daß dieses Parlament die einseitigste...
...die sich ausdenken läßt.

— Ein Chokolade-Gesetz in Sicht. Der Bundes-
rath läßt zur Zeit Erhebungen darüber anstellen, in wie
weit eine gesetzliche Feststellung des Begriffes Chokolade sich
im Interesse des konsumierenden Publikums und des realen
Chokoladehandels empfiehlt. Der Verein der deutschen
Chokolade-Fabrikanten hat sich schon seit Jahren bemüht,
eine Trennung der reinen Chokoladefabrikate von solchen
Chokoladen herbeizuführen, die starke Beimengungen von
Kaffeebohnen, Eiern, Nüssen nebst den dafür notwendigen
Bindemitteln von tierischen und vegetabilischen Fetten und
Farbstoffen, sogar Schwermetallen etc. enthalten und hat
auch seine Mitglieder dazu angehalten, nicht reine Chokoladen,
die der Billigstellung der Preise halber unschädliche Zusat-
stoffe enthalten, äußerlich von den reinen Fabrikaten als
solche kenntlich zu machen, ohne daß mit diesen Bemühungen
ein hinreichender Erfolg erzielt worden wäre. Nunmehr
scheint man, namentlich wohl mit Rücksicht darauf, daß
Chokoladen immer mehr ein Nahrungsmittel und ein Genuss-
mittel für Kranke und Konvalaleszenten geworden sind, der
Frage seitens der verbündeten Regierungen näher treten zu
wollen. Im Wege der Vorberatung ist die Frage einer ein-
heitlichen rechtsgesetzlichen Regelung seitens mehrerer großer
Chokoladefabriken auch an mehrere Handelskammern heran-
getreten.

— Die Feinde des Bauernstandes. Ueber
das Auffahren der kleinen Landwirtschaftsbetriebe durch
die Großgrundbesitzer schreibt die „Mitteld. Sonntagsztg.“
aus Oberhessen: „Die Großen werden immer größer; die
Kleinen kleiner — so lange, bis es nicht kleiner werden
kann und das Götzen im Braungesetz über „freiwillig“
zum Zeufel geht. Gibt einmal nach Rülfsenob. Da
haben die Herren v. Schenk zu Schweinsberg alle Bauern
bis auf vier ausgekauft und projizieren noch mit den
armen Teufeln, denen sie die ganze Kirchensteuer aufzusen
wollen. Im Laubachischen, wo die hochgräflichen Wälder
und Baumwurzeln die angrenzenden Länder unfruchtbar
machen, da heißt's, wenn die Leute einen Tausch der Acker
verlangen: tauschen nicht, laufen ja! Im Odenwald hat
ein Graf v. Erbach einmal eine ganze Gemeinde ausge-
kauft und sammt Bürgermeister und Nachwächter nach
Amerika geschickt. Und kann man nicht in der Nähe von
Lungen eine Kirche im Felde sehen? Die Bauernhöfe aber
hat der gräflich Laubachische Erbdobben verschlungen. Und
die Leute wollen für den Bauern eintreten? Ja, wie der
Wolf für die Schafe.“ — Es bleibt den Kleinbauern nichts
anderes übrig, als Schulter an Schulter mit den übrigen
Proletariats gegen die herrschende kapitalistische Gesellschafts-
ordnung anzukämpfen.

— Ein Defektor. Im Bödelischen „Reichsherold“
(Nr. 696) wiederlegt ein Artikel — den Antisemitismus.
Da heißt es u. A.: „Weßhalb kommen die Juden vor-
wärts? Es genügt nicht, diese Frage einfach mit dem Hin-
weis auf Schwindel und Betrug abzutun, wenn man
nicht in einer ganzen Reihe von Fällen ungerichtet sein will.
Man muß vielmehr auch andere, praktische Motive bei
den Juden aufsuchen. Zunächst folgende: Der Jude er-
zieht sein Kind praktisch. Während das Kind des
Deutschen in der Schule eine ganze Reihe wertvoller, im
praktischen Leben unermessbarer Dinge lernt, belehrt der
Jude seinen Sohn über die gewerblichen Verhältnisse,
gibt ihm Kunde von der Volkswirtschaft, von seinen Er-
fahrungen u. s. w. Ist es ein Wunder, daß das viel
besser für's Leben ausgehaktete Judenkind dem Deutschen
gegenüber im Vorteil ist? Was ist die Lehre, welche wir
daraus ziehen müssen? Deutsche, erzieht Eure Kinder
praktischer, vor allem rükt sie mit Kenntnissen aus, die
ihnen im gewerblichen und Geschäftsleben vorwärts helfen!
— Diese Probe wird genügen, um die bußfertige Sinnes-
änderung des „Reichsherolds“ zu erkennen. Wer hat dem
die nötige Portion Nieswurz verordnet?

— Alshardt will ein neues Blatt „Der Bundschuh“
herausgeben. Seinen Befähigungsnachweis als Redakteur
legte der berühmte Mann dadurch ab, daß er seinem Publikum
erklärte, der Name „Bundschuh“ komme aus der Zeit der
französischen Revolution her. Bis! Glück!

— Die freisinnige „Volkspartei“ hat folgen-
den Antrag im Reichstage eingebracht: „Der Reichstag
wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen,
dem Reichstage in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf
betreffend die Rechtsverhältnisse der in Haus- und Land-
wirtschaft beschäftigten Personen, die nicht unter die Be-
stimmung der Gewerbeordnung oder des Handelsgesetzes
fallen, vorzulegen.“

— Der Reichstagsabgeordnete Prediger
Schall in Potsdam wird in der neuesten Nummer der
auf positivem Boden stehenden „Christlichen Welt“ wegen
seiner Duelle in folgender scharfer Weise moniert: Wenn
ein evangelischer Pfarrer in den Reichstag gewählt wird,
empfindet man eine gewisse Genugthuung darüber. Man
wünscht, er werde sein Mandat dazu brauchen, um evangeli-
sche Religion und Moral mit der Lügheit eines über-
zeugten Christen und Sachmannes zugleich zu verteidigen.
Um so schmerzlicher muß es berühren, wenn ein evangelischer
Pfarrer seines Schicksal im Reichstage dazu denugt, eine Schwär-
re für das Duelle zu halten. Pastor Schall hat dies in
der Sitzung vom 5. März gethan und dadurch wieder
einmal den Sozialdemokraten Bebel in die Lage gebracht,

gegenüber der christlichen Gesellschaft die Moral zu ver-
treten. Wir protestiren gegen diese Haltung des Pastors
Schall, konsequent mag sie sein, christlich ist sie nicht. Wir
wissen wohl, daß der Redner einen Unterschied gemacht hat
zwischen dem christlichen Standpunkt, von dem aus er mit
uns das Duelle verurteilt, und einem anderen, von dem aus
er es begründet hat. Welche Nothwendigkeit bestand denn
für den Pastor-Abgeordneten, diesen unchristlichen Stand-
punkt zu vertreten? Warum schwieg er nicht lieber und
ließ Andere reden, die in dieser „unchristlichen“ Moral
eigentlich zu Hause sind, und ersparte uns das Kerngerüst,
das er gegeben hat? Wie viel würdiger war die Ver-
tretung der katolischen Kirche in dieser Sache! Aber das
sind die Früchte der Verquickung von Christenthum und
Konfessionslos.

— Um das Sklaventum der ländlichen
Arbeiter noch trauriger zu gestalten, soll in Zukunft jeder
ländliche Arbeiter, der sich den Schindereien seines Peinigers
durch Verlassen der Dienstadt entzieht, ohne seine vertrag-
smäßige Dienstzeit ausgehalten zu haben, mit dem Hunger-
stock bestraft werden, falls er nicht wieder in seine Stellung
zurück will. Etwas Anderes können wir aus folgender
Notiz nicht herauslesen: „Wie verlautet, suchen die preuss-
ischen Staatsbehörden dem Kontraktbruch ländlicher Arbeiter,
über den seit Jahren in landwirthschaftlichen Kreisen Klage
geführt wird, dadurch zu steuern, daß sie kontraktbrüchig
gewordene ländliche Arbeiter nicht mehr beschäftigen. So
haben die Eisenbahndirektoren die Anordnung getroffen, daß
keine Arbeiter mehr angenommen werden, die nicht durch
ein Zeugnis nachweisen können, daß sie im Wege gesetzlicher
Rückbildung ihr früheres Arbeitsverhältnis aufgegeben haben.
Dies ist aus einer Anordnung des Ministers der öffentlichen
Arbeiten zurückzuführen, da schon häufig die bei Eisenbahn-
bauten beschäftigten Unternehmer kontraktbrüchig gewordene
ländliche Arbeiter angenommen und trotz Einspruchs nicht
sogar entlassen haben.“ — Ob der Unternehmer, welcher
einen „seiner“ Arbeiter vor Ablauf des Vertrages auf die
Landstraße wirft, auch keine Arbeit mehr vom Staate über-
tragen erhält?

— Soldaten als freiwillig Bismarck'sche
Polizisten? Zu dieser Neuheit auch von uns gebrachten
Nachricht schreiben die „Hamb. Nachr.“, das Verborgan
Bismarck's: „Der „Courier an der Unterelbe“ berichtet,
daß 380 Mann Pioniere nach Friedrücksruh abgegangen
sind mit 80 neu angekauften Sägen, um den Wald des
Fürsten Bismarck zum Holzbruch des letzten Sturmes zu
säubern, weil die dortigen Arbeiter für 2,25 Mk. täglich
nicht arbeiten mögen. Wie wir erfahren, haben die Pioniere
vorschriftsmäßige Waldübungen zu machen, auch zur Er-
lernung des regelmäßigen Sägens und Bearbeitens der
ganzen Stämme. — Da wäre es doch merkwürdig, daß
gerade in Bismarck's Waldungen diese für Bismarck nutz-
bringenden Übungen vorgenommen werden. Sind zu
Übungswecken nicht genug stämmige Forsten vorhanden?
Es ist dasseibe, als wenn Arbeiter für einen Schunlohn
sich weigern, banfällige Häuser niederzulagen, Brücken ab-
tragen oder aufzubauen etc., denn überall sind Pioniere zur
„Uebung“ zu verwenden. Wieviel gibt der „Reichs-
anzeiger“ noch Aufklärung in der Sache.“

— Belgien.
— Mit großen Plänen scheint sich der belgische
Exministerpräsident Deernaert zu tragen. Er denkt eine
neue große konservative Mittelpartei in Belgien in's Leben
zu rufen und deren parlamentarische Führung zu über-
nehmen. Ihre Hauptaufgabe soll die Bekämpfung der
sozialdemokratischen Bewegung bilden, und die Mitglieder
sollen sich aus allen gemäßigten Elementen von rechts und
links rekrutiren. Zu diesem Zweck wird Deernaert auf
sein händliches Rammermandat verzichten und sich um ein
Mandat in Brüssel bewerben. Die neue Mittelpartei soll
schließlich dazu dienen, die immer scharfer hervortretenden
Gegensätze zwischen den Liberalen und Ultraliberalen zu
mildern. Speziell zu der Rolle des Sozialistenbüdtes,
welche Herr Deernaert sich erkoren hat, wünschen wir ihm
viel Glück.

— In Frankreich arbeiten die Sozialisten eifrig
an der Organisation und zwar der gemessenen politischen
so wohl als der politischen. Neben verschiedenen Kongressen,
die in letzter Zeit tagten, ist eine Konferenz von Arbeiter-
Delegirten zu erwähnen, die vor Kurzem in Vierzon —
Departement Cher, Mittelfrankreich, stattfand und zwar
zum Behuf einer Föderation und Konzentration aller
Arbeiter-Organisationen Mittel-Frankreichs. Die Konferenz
hat ihren Zweck erreicht. Und wohlgemerkt, es handelt
sich hier nicht um ein sich Abzweigen von der Gesamt-
heit, sondern um eine bessere Organisation innerhalb der
Gesamtheit.

— Ein Geschäftsagent, der die Explosion im
Restaurant Foyot angeblich verursacht haben soll und
verhaftet worden war, ist als geflohen erkannt und
ins Krankenhaus transportirt worden.

— Die Einführung des Achtstundentages
seitens der englischen Regierung in einer Anzahl ihrer Wer-
stätten hat über Englands Grenzen hinaus Bedeutung; so
wird aus Paris gemeldet, daß die meisten Blätter den
Artikel des „Higano“ über die in England angestellten Ver-
suche mit der Einführung des Achtstundentages besprechen
und empfehlen, auch in Frankreich die nämlichen Versuche
anzustellen.

— Die französischen Ordnungsbauten haben mehrere
hundert Familien in's Unglück geführt, indem sie deren
Ernährer in's Gefängniß hielten und unschuldige Frauen
und Kinder dem Elend überliefern. Die Pariser Blätter
enthalten haarsträubende Berichte über die Reaktionen der
Polizeianten, die Frauen und Kinder einer russischen Tortur-
anwesener, um Gesandnisse zu erpressen und „Material

zu sammeln“. Mit welcher Brutalität diese Kollate-
republikaner die „Ordnung“ aufrecht erhalten und gegen
unschuldige Arbeiter wüthen, enthält ein an die Pariser
Zeitung gesandtes Kommuniqué des Polizeipräsidenten.
Darin heißt es: „In Anbetracht des wüthigen Reaktes,
welches die Verhaftung einer großen Anzahl von Personen
wegen Verbindung mit Anarchisten, alle Opfer anonymer
Denunziationen, gehabt hat, beschließt der Polizeipräsident,
in Zukunft nur Verhaftungsbeschlüsse zu unterzeichnen gegen
Personen, deren Verbindung mit einer Bande von Unsch-
ltdhären ausreichend begründet ist.“ — Hier wird offenkundig
eingestanden, daß eine anonyme Denunziation genügt, einen
unschuldigen Menschen in's Gefängniß zu werfen und die
öffentliche Meinung wird nun entscheiden können, mit welchen
Mitteln eine offizielle Bande von Unschltdhären arbeiten, um
eine von der Polizei eingekerkerte andere Bande von Unsch-
ltdhären zu erwischen.

— Italien.
— Vor dem „Kriegsgericht“ in Palermo begann
der Prozeß gegen den Deputirten Felice Ciurria und
sehn andere „Verfälschtere“, die den sozialistischen Kampf
ausführten, der „Fasci Lavoratori“ gebildet hatten. — Der
Prozeß dürfte manches Ungemache zerreißen, welches
Crispi gesponnen, um seinen freiheldmörderischen Plänen
zu dienen.

— Zeichen der Zeit. Ein Schriftsteller ver-
öffentlicht im „Braunschweiger Stadtmagazin“ folgendes
charakteristische Inkrustat: „100 Mark Belohnung Ver-
muthungen, der mir als Schriftsteller dauernde Kontribution ver-
schafft. Tüchtig im Rechnen und Verfaß. Offerten u. s. w.“
— Wie herrlich wird haben wir's doch eigentlich gebracht,
man setzt Prämien aus, bis um das „Glück“ zu erlangen,
in der Fremde der Industrie für Andere Mehrwert zu
erzeugen zu dürfen. — Eine förmliche Völkermän-
dung hatte sich unlängst nach einem Haufe an der Kop-
nickstraße in Berlin in Bewegung gesetzt. Ein Rentier
und Hausbesitzer in dieser Straße hatte einen Stundenlohn
für seinen Sohn durch ein Zeitungsinserat verlangt. Den
ganzen Tag, bis Abends um 9 Uhr, ruhte in Folge dessen
die Klingel an seiner Wohnung nicht; ein Anschlag, der
bereits Vormittags um 10 Uhr an die Thür geklopft wurde
und besagte, daß die Stelle bereits besetzt sei, half nicht
das Geringste. Nicht weniger als 243 persönliche und
314 briefliche Mittheilungen sind dem Herrn zugegangen. —
Eine treffliche Illustration zu dem Wachsbum des „so-
zialen Proletariats“.

Deutscher Reichstag.
76. Sitzung vom Sonnabend, 7. April.
Am Tische des Bundesrates: Graf Caprivi, Dr. v. Bülow,
Dr. Graf v. Helldorf.

Das Haus tritt in die zweite Beratung der Novelle zum Reichs-
stempelsteuergesetz.

Abg. v. Camp (Rp.) gibt einen Überblick über den Verlauf
der Kommissionenverhandlungen und empfiehlt die Kommissionenbeschlüsse
zur Annahme.

Zunächst wird der Tarif zur Differentialsteuer gestellt.
Nach Position 1 sind inländische Aktien mit 1/10, ausländische
Aktien und Aktienantheile mit 1/10, Div. zu besteuern.
Abg. Richter (r. Sp.) Die Besteuerung des Hauses läßt gerade
nicht auf große Begeisterung für die Vorlage schließen. Wir haben
unseren Standpunkt in erster Linie schon klar bargelegt. Wir wollen
und daher auf einige Positionen beschränken, bei denen wir Kräfte
einbringen können. Dabei gehen wir von unserem prinzipiellen
Standpunkt aus, daß wir überhaupt keine neue Steuer einführen
wollen. Bei dieser Position sind wir vor allem gegen die vorliegende
Behandlung inländischer und ausländischer Aktien, welche gegen
die davon zu bezeichnende Befreiung des Reiches und die zu
sätzlichen, welche dem Reich durch die Kontrollmaße erbracht
müssen.

Die Position 1 wird darauf gegen die Stimmen der freisinnigen
Reichspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Ebenfalls
die Positionen 2 und 3.

Zu Position 4 (Rauf- und sonstige Ankaufsgeschäfte über
Wertpapier) beantragt

Abg. Müller (Centr.) die Steuer im Betrage von 20 Kop.
40 Pf für je 1000 Mk., aber einen Zuschuß davon zu erheben.
Abg. Gieseler (kon.) empfiehlt diesen Antrag, da er eine
klarere Fassung der Bestimmung erzielt und keine Befreiung des
Reichs verursachen kann.

Abg. v. Stamm (Rp.) spricht sich gleichfalls zu Gunsten des
Antrags Müller aus.

Abg. Minteln (Centr.) beantragt, daß bei der Ankauf
von Staats-, Reichs- und Kommunalverleihenungen der den Kom-
missionen überlegende Betrag der der Stempelberechnung außer Betracht
bleiben soll, falls der Kennwerth 1000 Mk. nicht übersteigt.

Abg. Träger (r. Sp.) bittet, den Antrag Müller abzulehnen,
da derselbe gerade den Kauf der Papiere vertheuert.
Position 4a wird darauf angenommen. Ebenfalls die Kräfte
Müller und Minteln.

Nach Position 4b sollen für Kauf- und Ankaufsgeschäfte
über Waaren 1/10 pro Mille, bzw. 1/10 pro Mille Stempel einrichtet
werden.

Abg. Frese (Rp.) empfiehlt die Wiederbestellung der Regierung
vorlage, welche nur die börsenmäßig gehandelten Waaren steuerpflichtig
machen würde, für welche Terminverste notirt würden. Alle börsen-
mäßig handelbare Waaren steuerpflichtig zu machen, ist eine unangenehm
fertige Erörterung, die vor allem den Handel der Beschäfte schwer
belaßt.

Abg. Richter bittet gleichfalls, die Regierungsvorlage nicht
bestimmen, da es in keiner Weise gerechtfertigt sei, die Bestimmung
auf alle börsenmäßig gehandelten Waaren auszuweihen.

Die Abg. Meyer-Dalle (fr. Sp.) und Müller-Dortmund
(natl.) sind ebenfalls gegen die Kommissionenbeschlüsse.
Staatssekretär v. Bodoewsky erwidert, daß die Ablehnung der Kom-
missionenbeschlüsse die Regierungsvorlage nicht herbeiführen.

Abg. Gieseler (kon.) ist für die Kommissionenbeschlüsse.
Die gerade den kleineren Kleinrentnern aus der Konsum
dieser Position erwachsen müßten. Das Geschäft an der Börse
in Offen würde u. S. erheblich erleichtert werden.

Abg. Werner (Reform.) findet es begründet, daß die Steuer
der Börsensteuer sich namentlich gegen die Bestimmung wendet.
Der Terminhandel sei aber der verbreitetste, der an der Börse ge-
trieben werde. Herr Singer habe ja in der Kommission die Worte
als unmoralisch bezeichnet. Sollte die goldene Sonne über liegen,
u. müßte man gerade diese Position nach den Beschlüssen der Kommission
annehmen.

Abg. Richter erwidert, der Vortrager schreie gar nicht begriffen
zu haben, um was es sich handle. Die angeführte Bestimmung

Aus Stadt und Land.

der Kommission-Beschlüsse beziehe sich ja gar nicht auf den Termin, sondern auf den mit Wahlen, die mit dem Terminhandel, so nicht zu thun hätten. (Hör. der Vertreter das Wort „Wahl“, so nicht zu thun hätten. (Hör. der Vertreter: Wie ist bei dem Wahlrecht die Wahlberechtigung, mit Zustimmung befristet wird. (Hör. der Vertreter: Wie ist bei dem Wahlrecht die Wahlberechtigung, mit Zustimmung befristet wird. (Hör. der Vertreter: Wie ist bei dem Wahlrecht die Wahlberechtigung, mit Zustimmung befristet wird.)

Abg. Werner erwidert, die Herren auf der linken Seite in ihrer Art die Interessen der Wähler ein. Er stimmt für die Kommission, da er dieselbe für präjudizial halte.

Resolution 4 wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Fraktionen und der Mehrheit der Nationalliberalen in der von der Kommission beantragten Fassung angenommen.

In Position 5 (Cottentelofen) hat die Kommission den vorgeschlagenen Steuerfuß von 8 Proz. auf 10 Proz. erhöht. Den Spielern sollen gleichfalls die Beiträge für öffentliche Veranstaltungsmessen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen.

Abg. Werner erwidert, daß das Spiel am Totalitar nicht hier bestrukt werden soll. Er hätte gern den in der Kommission dem Abgeordneten Singer gestellten Antrag angenommen gesehen, hierfür einen Steuerfuß von 50 Prozent einzuführen. Er behaupte fern, daß nach immer unter dem Schutze des preussischen Adels das Totalitar möglich sei.

Resolution 5 wird darauf in der Kommissionfassung angenommen. Damit ist der Tarif erledigt und das Haus beendet bis zur Beratung des Gesetzes Nr. 1. Kr. 1 bis 9 werden ohne Diskussion angenommen.

Zu Nr. 10 (§ 88 des bisherigen Gesetzes) liegt ein Antrag des Abg. Dr. Schneider (fr. Sp.) vor, laut dem eingetragene Gewerkschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung von der befristeten Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung befreit werden sollen.

Abg. Dr. Schneider (fr. Sp.) weist zur Begründung des Antrages auf die erheblichen Schwierigkeiten hin, die den Gewerkschaften und Gesellschaften aus der Kontrolle erwachsen würden. Die Gefahr einer Steuerüberwälzung ist eine ihm auch nicht vorzuliegen.

Reichsfinanzminister Graf Posadowsky bittet, den Antrag abzulehnen. Es liege kein Grund vor, diese Gewerkschaften und Gesellschaften anders zu behandeln als Aktiengesellschaften. Es könnten sich unter das Gesetz stellen.

Abg. Müller (natl.) bittet, dem Antrag Schneider zuzustimmen. Der Antrag Schneider wird abgelehnt. Nr. 10 des Art. 1 wird unberührt angenommen.

Art. II der Regierungsvorlage behandelt die Steuer auf Cautions, Check und Wechselbriefe. Die Kommission beantragt Aufhebung desselben.

Reichsfinanzminister Graf Posadowsky erklärt, er wolle Angesichts der großen Majorität, mit welcher die Kommission diese Steuern abgelehnt habe, jetzt keinen Versuch machen, dieselben wieder herzustellen. Er müsse aber betonen, daß die Regierung durch die gegen die Steuern vorgebrachten Gründe keineswegs überzeugt seien.

Abg. v. Rantessell (natl.) erklärt, seine Parteigenossen hätten für die Vorlage gestimmt, um Protest einzulegen gegen die Art und Weise, wie die Vorlage in der Kommission behandelt worden sei.

Abg. Rintelen (Zent.) bemerkt, seine Freunde seien einmüthig gegen die Steuern gewesen, die für deutsche Verhältnisse nun einmal nicht möglich seien.

Abg. Singer (Zent.) erwidert dem Abg. v. Rantessell, er könne sich über die schlechte Behandlung der Vorlage nicht beklagen, denn die hätte eigentlich nicht einmal das ehrenvolle Begräbnis in der Kommission verdient, sondern in erster Lesung a limine jurisd. gestrichen werden müssen.

Abg. v. Rantessell erwidert, er hätte sich nicht beklagt, sondern nur seinen Standpunkt begründet.

Abg. Richter (fr. Volksp.) hält es für bezeichnend, daß die Konsolidation es für nötig hielt, für ihr zukünftiges Schicksal zu diesen Steuern mitdringende Umstände anzuführen.

Die Cautions-, Giro- und Wechselsteuer werden darauf einmüthig abgelehnt.

Art. IV (Befreiung des Tarifs) wird unberührt angenommen. Art. V enthält Ausführens- und Uebergangsbestimmungen.

Abg. Geißler (natl.) beantragt, den Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Mai 1894 festzusetzen. Noch lieber wäre es ihm gewesen, es könnte schon früher in Kraft treten.

Abg. Träger (fr. Volksp.) beantragt den Termin des Inkrafttretens auf den 1. Juli festzusetzen.

Reichsfinanzminister v. Posadowsky bittet, einen möglichst frühen Termin festzusetzen, da sich sonst leicht durch den entstehenden Kausal der Ratifikationsverträge ergeben könnten.

Abg. v. Rantessell spricht sich in gleichem Sinne aus. Der Antrag Träger wird abgelehnt, der Antrag Geißler angenommen. Um Hebeln liegt Art. V unberührt.

Schließlich liegen noch vor eine Resolution der Kommission: Die veränderten Regierungsvorlagen zu erörtern, zu veranlassen, daß von den Verordnungsstellen die für den Fall der Ratifikation des Gesetzes in Rechnung gestellt werden, als dem Kommissionsrat selbst beizubringen sind - und folgende Resolution v. Cuny (natl.) und Geschiebe: Die veränderten Regierungsvorlagen zu erörtern, auf Grund der Ergebnisse der Berathung eine Verordnungsstellenverordnung zu beschließen bald vorzuliegen.

Abg. Depl. v. Harnsheim (natl.) beantwortet die letztere Resolution. Abg. v. Rantessell (natl.) bittet gleichfalls um Annahme dieser Resolution.

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, zunächst sei das Material den Eingetragenen unterbreitet worden und nach deren Rückführung werde zu erörtern sein, inwieweit festgesetzt, inwieweit abweichend vorgegangen werden solle. Wenn das Material zurückgelangt, könne er nicht wissen, er beste aber, es werde zeitig genug geschickt, um dem Reichstag noch im Herbst ein Verordnungsstellengesetz und die administrativen Maßnahmen einseitig für alle deutschen Stellen vorlegen zu können.

Nach unberührter Debatte wird die Abstimmung über die Resolution v. Cuny bis zur dritten Lesung ausgesetzt. Das Gleiche gilt von der Resolution der Kommission.

Die zweite Lesung der Stempelsteuervorlage ist damit erledigt.

Gewerkschaftliches.

„Der Bureau-Angestellte“ betreibt sich ein neues Gewerkschaftsblatt, welches die Interessen der Bureau-Angestellten vertreten soll und von der Agitationskommission der Berliner Gewerkschaften herausgegeben wird. Adresse von Redaktion und Expedition: Berlin N., Tredeowstraße 16.

Die Richter und Stellmacher in Dübendorf (Schweiz) erlangen um Herabhaltung des Zinsfußes. Briefe und Sendungen sind zu richten an H. Schneider, Richter, Dübendorfstr. 30.

Abg. die Zimmerer der Provinz Ostpreußen. Kommerzienrat allerorts: In Anbetracht der Lage, welche hier in einem solchen Umfang ein getriebener Arbeitslosigkeit in unfernen, überhaupt im Baugewerbe, erachtet der Verband deutscher Zimmerleute, Sozialverband Hamburg, den Bezug nach hier fern zu halten, indem zum Jahr Drittel der hiesigen Zimmerer (von dem ganzen Winter auf dem Straßenspielfeld liegen und auch jetzt noch im Geringsten nicht abgehoben ist, wenn diese von Roth und Glend so schwer demüthigten Kameraden werden zu Art und Ehre greifen können. Zur Loos würde das gleiche sein und Ihre müdet diesen Kamen eine Zeit etwa dienende Arbeitslosigkeit entstehen und somit ihre überaus große Roth nur noch schwerer machen; darum bezieht unteren Ratwurf. Der Verband deutscher Zimmerleute, Sozialverband Hamburg.

Vant, 10. April. Der Vorstand der Invalidentät-Berufung zu Hannover macht in Anbetracht des Umstandes, daß die Kontrollbeamten zahlreiche Anzeigen über unterlassene Marktenverwendung machen, die Versicherungspflichtigen darauf aufmerksam, daß sie alle Veranlassung haben, die richtige Marktenverwendung seitens ihrer Arbeitgeber zu überwachen. Es heißt in der diesbezüglichen Notiz in den „Amtlichen Nachrichten“ der Versicherungsanstalt: „Die Versicherten müssen danach streben, für jedes Kalenderjahr mindestens 47 Wochen durch Beitragsmarkten oder bescheinigte Krankheit oder militärische Dienstleistung nachzuweisen. Daß solches nicht geschieht, kommt zum großen Theile daher, daß trotz aller Belehrungen die irrige Meinung noch weit verbreitet ist, man könnte erst Rente bekommen, wenn man das 70. Lebensjahr erreicht habe. Es ist aber nicht die Gewährung der Altersrente mit dem 70. Lebensjahre, sondern die Gewährung der Invalidentrente Hauptzweck des Gesetzes. Diese Invalidentrente erhält ohne Rücksicht auf sein Alter Derjenige, welcher im Stande ist, für die letzten 5 Jahre vor Eintritt der Erwerbsunfähigkeit 5 mal 47 gleich 235 Wochen durch Beitragsmarkten oder bescheinigte Krankheit oder militärische Dienstleistung nachzuweisen. Als Altersrente erhält der Versicherte diese Rente mit dem 70. Lebensjahre, ohne daß der Fall der Erwerbsunfähigkeit vorliegt.“

Vant, 10. April. Nun, nachdem es so gut wie zu spät ist, entwickeln die Landleute im Jeverland großen Eifer, den Ribitz zu schützen, indem sie fast allgemein das Gerüden verbieten. Früher haben es nur die vertriebenen freisinnigen Bauern verboten, um die Nationalliberalen zu ärgern, jetzt, aber erst, nachdem die 101 Städ für Bismarck zusammen find, verbieten auch die nationalliberalen Bauern das Schützen.

Wilhelmshaven, 10. April. In der gestrigen Sitzung des Bürgerordnungs-Kollegiums, in welcher 10 Mitglieder desselben anwesend waren, wurde der städtische Haushaltsetat zu Ende berathen. Die Verathung wurde aufgenommen bei dem Titel Verwaltungskosten und zwar bei der Position „Städtischer Baubeamter“. Für dessen Remuneration sind 800 M. ausgeworfen, dieselbe wird nach längerer Debatte auf 1000 M. erhöht. Nach Verathung dieses Titels beschließt das Kollegium, den Magistrat zu eruchen, für die städtischen Beamten eine Gehaltskala aufzustellen und im nächsten Jahre dem Kollegium vorzulegen. Auch glaubt das Kollegium, sich für den geständigen Gemeindevorstand noch einmal verwenden zu müssen und beschließt, dessen Gehaltsposition, die mit dem Anfangsgehalt von 900 M. in den Etat eingestellt ist, 100 M. höher zu setzten, wenn der alte Diener im Amte bleibt. Von der Stabsposition „Bibliothekar“, für welche 250 M. ausgeworfen sind, werden 100 M. abgesetzt. Die Position „Reisekosten und des bevorstehenden Reform des Abfuhrwesens, die wahrscheinlich mehrere Informationsreisen nöthig mache, um 200 M. erhöht. Die Position der Armenverwaltung, Vorkasse für Verpflegung Angehöriger aus anderen Gemeinden, die mit 8500 M. in Anschlag gebracht ist, wird um 1000 M. ermäßigt. Für die Mittelschule wird im Etat ein Zuschuß von 7150 M., d. i. gegen das Vorjahr ein Mehr von 4150 M., verlangt. Es entspinnt sich über diese Forderung eine längere Debatte, die darin gipfelt, daß die Leistungsfähigkeit der Schule den Aufwendungen keineswegs entspricht und die Unterhaltung derselben für die Steuerzahler eine drückende Last zu werden drohe, ohne daß die städtischen Vertreter Einfluß auf Etat und Plan der Schule haben. Das Kollegium beschließt, diese Position so lange zu beanhandeln, bis ihm Lehrplan und Etat der Schule vorgelegt werden. Beim Titel „Sicherheitswesen“ beschließt das Kollegium, für die Nachwachter wieder Kontrollzähren einzuführen. Für die Unterhaltung der Wächtergeräte werden die verlangten 1000 M. bewilligt. Bei dieser Position beklagt das Kollegium, daß der Magistrat, wie es leider so häufig geschieht, auf den Beschluß des Kollegiums, betreffend Anstellung eines Schlossers, dem die Unterhaltung der Wächtergeräte, wie auch die Aufsicht über den Desinfektionsapparat im Krankenhaus übertragen werden solle, noch nicht erwidert habe. Beim Etat des Krankenhauses führt Bürgerordnungs-Rath den Beschwerde über die hohen Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus und die Ueberfreitung der in den Kollegien vereinbarten Sätze, wodurch den Krankenkassen geradezu die Existenz gefährdet, mindestens aber sehr erschwert würde. Das Kollegium beschließt, in einer gemeinschaftlichen Sitzung über diesen Mißstand zu berathen und ihm abzuhelfen. Das Honorar des Krankenhaushausarztes wird wie im Voraus nur unter der Voraussetzung bewilligt, daß derselbe mit den anderen Ärzten hier ein Endernehmen beabsichtigt, das auf dem Grundsatze der Gleichberechtigung beruht. Bei der Position Lebensmittel beschließt das Kollegium, die Krankenhausverwaltung möge darauf sehen, daß die Viktualien u. s. w. nicht bloß bei einem Kaufmann, resp. Händler gekauft, sondern daß möglich alle dabei berücksichtigt werden. Damit erreicht die Verathung des Etats ihr Ende und wird nach Erledigung einiger unwesentlicher Dinge die Sitzung geschlossen.

Wilhelmshaven, 10. April. Die in gestriger Nummer gebrachte Notiz über die Ueberführung der Dienstmädchen in die Krankenkasse der vereinigten Gewerke ist dahin zu berichtigen, daß nicht alle Dienstmädchen, sondern nur die versicherungspflichtigen darunter verstanden sind. Nun hält aber der Magistrat alle Dienstmädchen bei Arbeitgebern, deren Arbeiter bei der Dreifrankenkasse der vereinigten Gewerke versichert werden müssen, für versicherungspflichtig, und zwar in dieser Klasse, sofern die Dienstmädchen den Laden oder die Werkstube reinigen müssen. Der Magistrat behauptet also, sie gehören zum Gewerbebetrieb

und seien versicherungspflichtig. Auf Grund dieser Auffassung sollen zahlreiche Dienstmädchen von Uhrmachern, Goldarbeitern, Korbmachern, Gläsern u. s. w., die mit dem Gewerbebetrieb nach dem Sinne des Gesetzes absolut nichts zu thun haben, in die genannte Krankenkasse hineingeworfen werden, indem man ihnen die Versicherungspflicht zuweist. So gerne wir auch die Versicherungspflicht auf die Diensthöten ausgedehnt wünschen, können wir dieser Auffassung des Magistrats nie und nimmer beitreten, und ist bei dieser Auslegung der Versicherungspflicht dem Gesetze geradezu Gewalt anzuthun. Für uns ist es ohne den geringsten Zweifel, daß nach dem Gesetz und dem Statut der Dreifrankenkasse der vereinigten Gewerke nur diejenigen weiblichen Personen als versicherungspflichtig angesehen werden können, die in einem der Gewerbebetriebe, die die genannte Kasse bilden, gewerblich beschäftigt werden.

Wilhelmshaven, 10. April. Zu der Besprechung in Waidmanns Restaurant wegen einer zweckmäßigeren Vertheilung der Schulfinder in den Wilhelmshavener Volksschulen hatten sich die Interessenten zahlreich eingefunden. Nach längerer Verathung wurde die vorliegende Petition resp. Beschwerde an die Regierung zu Aurich zugeheissen und von sämtlichen Anwesenden unterschrieben. Weiter wurde auch die Gründung eines Bürgervereins für den 2. Bezirk in Aussicht genommen.

Wilhelmshaven, 10. April. Alle seit dem 1. Januar 1893 hier zugezogenen Familienvorstände, welche Kinder haben, die im Jahre 1892 oder auch früher geboren und noch nicht mit Erfolg geimpft sind, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie diese Kinder zur Aufnahme in die Impfkasse bis Freitag, den 20. April, im Polizeibureau anzumelden haben.

Wilhelmshaven, 10. April. (Von der Marine.) Der Dampfer „Admiral“, mit dem Seefeldaten-Detachement von Kamerun an Bord, ist am 7. April in Las Palmas eingetroffen und hat an demselben Tage die Heimreise nach Wilhelmshaven fortgesetzt.

Bremen, 8. April. Der Prozeß der Seher gegen den Drucker der „Bürger-Zeitung“, Sahlmann, fand gestern in der Berufungssitzung vor der Zivilkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Wesentlich neue Gesichtspunkte traten nicht hervor. Nach Anhörung der beiden Parteien kam das Gericht zu dem Entschluß, das Urtheil in acht Tagen zu verkünden.

Vermischtes.

— Flüchtling geworden ist in Hamburg nach Unterschlagung von 300 000 M. der Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt.

— In Kirchheimbolanden ist bei einem Brande der Kaufmann Luz nebst zwei erwachsenen Söhnen in den Flammen umgekommen.

— Erschlagen. Beim Fällen altersschwacher Bäume in Pödenort bei Pfaffenbüsch (Oberbayern) kamen die Schulfinder an der Arbeitsschleife vorbei und saßen in kindlicher Neugier der Arbeit zu. Plötzlich sentte sich der mächtige Stamm und fiel der Straße zu, wo die Kinder standen. Entsetzt schreien hieben diese auseinander, aber keiner konnten sich zwei Mädchen nicht mehr rechtzeitig genug retten und wurden von dem Baumstamme zertrümmert. Auch der Bauer, welcher mit den Fällungsarbeiten beschäftigt war, wurde stark verletzt.

— Wieder eine Soldatenmishandlung mit tödtlichem Ausgang. Aus Innozenzau wird gemeldet: Ein Unteroffizier des hiesigen 140. Infanterie-Regiments hatte vor einiger Zeit beim Turnen mit dem Soldaten derartig geübt, daß der Soldat mit einem Kopf auf eine Steintrappe fiel, wodurch eine Spaltung der Schädeldecke und bald darauf der Tod eintrat. Der Unteroffizier ist nach der Festung Spandau gebracht worden und wie nach dem „Kuj. Voten“ verlautet, zu 7 Monaten Festungstrafe verurtheilt.

— Eine jüdische Gastwirthsfamilie ermordet. Aus Tiffit wird gemeldet: Eine jüdische Gastwirthsfamilie unweit der russischen Grenze wurde Nachts von Räubern überfallen und dabei Mann, Frau und Tochter erschossen. Ein neunjähriges Kind und eine alte Fromensperson von 92 Jahren blieben beim Gemegel vertheidigt. Ersteres mußte das Geldversteck zeigen. Der Räuberbande fielen 1000 Rubel Papier und Silber in die Hände.

— Ein eigentümliches Gesamentreffen einer ganzen Reihe Unglücksfälle wird der „Frl. Jg.“ aus Paris gemeldet: Ein Fiaker, dessen Pferd schon ge worden, durchheulte den Boulevard. An der Ecke der Rue Seze wurde ein Schutzmann, der dem Verdie den Weg versperren wollte, niedergeworfen und ihm durch die Deichsel die Brust durchschmettert. Ein junger Mann, der dasselbe verlor, wurde von der Deichsel im Auge tödtlich getroffen. In diesem Augenblick verlor ein Stubenmädchen, das vom Fenster des 6. Stockes eines angrenzenden Hauses diesen Vorgängen zusah, das Gleichgewicht und stürzte herab, wo sie todt liegen blieb. Auf das Pflaster stürzend, warf sie eine vorübergehende Frau u. s. w., die unter die Räder eines vorbeifahrenden Wagens geriet und ein Bein brach, während das schwere Pferd den Fuß der vom Hoch schleuderte, der schwer verwundet wurde. Das Pferd rannte mit voller Wuth gegen einen Karren und fand dabei seinen sofortigen Tod.

Cultung.

Für den Parteifonds erhalten: Geistl. der Braunkohlenung einer leeren Zigarettenkiste bei einer Geburthshilfsfeier 4,70 M. Die Redaktion.

Gedächtnis.

Vant-Wilhelmshaven. Mittwoch den 11. April. . . Fern. 4, 3 Nachm. 4.27.

Gemeinde Bant.

Die Beiträge zur Armen- und Gemeindefasse pro 2. Halbjahr 1893/94 werden vom

16. bis 30. April d. J.

(ausgenommen Dienstag den 24. April) täglich während der Geschäftsstunden in der Wohnung des Unterzeichneten erhoben. Am **Dienstag den 24. ds. Mts.** werde behufs Hebung im Neubremen im Lokale des Herrn Ch. J. an der Grenzstraße 10, anwesend sein.

Zur Hebung gelangen für das Halbjahr nach der Gesamtsteuer: a) 27,5 Prozent zur Armen- und b) 32,5 Prozent zur Gemeindefasse.

Bant, den 5. April 1894.

Coldewey,
Gemeindefassführer.



Bettfedern und Daunen.

Qual. A	graue Federn, Pfd.	0,50
B	hellgraue Federn, Pfd.	0,80
C	hellgraue Halbdaunen	1,50
D	halbweiße Halbdaunen	1,50
E	silbergraue Daunen	2,00
F	silbergraue Aufpfebern	2,00
G	weiße Aufpfebern	2,70
H	weiße Halbdaunen	3,40
I	weiße Schwanddaunen	4,00
K	silbergraue Daunen	4,50
L	weiße großflod. Daunen	5,50
M	weiße feinstflod. Daunen	7,00
N	weiße Schwanddaunen	10,00

Die Federn sind vorzüglich gereinigt und zeichnen sich durch besondere Füllkraft aus.

Wulf & Francksen.

Stoff-Farben

zum Auffärben und Aufbürsten von Kleider- und Wäschestoffen, Mützen, Bändern etc. etc. empfiehlt

Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 15.

Eiserne Bettstellen

von 6 Mark an empfiehlt

Wulf & Francksen.

Für 2 junge Leute

ein freundliches Zimmer zu vermieten. Grenzstraße 4, 2 Treppen.

Achtung!!

Alle diejenigen Herren, die sich für ein Sonnenslagen interessieren, werden zu einer **Besprechung** auf Sonntag den 15. April, Morgens 11 Uhr, im Schützenhof zu Bant freundlichst eingeladen.

Die Vergnügungssektion.

Dicken fetten geräucherten Speck 5 Pfund für 3 Mark empfiehlt

E. Langer,
Reckestraße 10.

Illustrierte Volkszeitung

Preis 10 Pfennig

foeben eingetroffen bei

G. Buddenberg,
Volks-Buch- und Bilder-Handlung,
Marktstraße 27.

Cigaretten-Verkaufsstelle der Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft.

Sensationell!

Selbstthätige Fasshähne!
Öffnen und schließen sich von selbst Luft nicht ab. Kein Nachtropfen!

Selbstthätige Luftzuführer!

Vermitteln ohne jegliches Zutun die zum Abzapfen nötige Luft und lassen keinen Alkohol oder Kohlensäure entweichen. Kein abgeflandenes Bier mehr!

Diese neuen patentierten Erfindungen sind ungemein werthvoll für Birge, Wein- und Bierhändler, Kaufleute, Apotheker usw., sowie für jeden größeren Haushalt.

Ausschließliche Niederlage bei
J. Biermann, Odenburg,
Saarenstraße 10.

Gesucht auf sofort
ein durchaus zuverlässiger **Knecht**.

R. Herbers,
Bierverleger in Bant.

Gesucht

von einem jungen anständigen Mädchen zum 1. Mai ein unmöbl. Zimmer im Stadttheil Eisaß oder in der Nähe.
Off. an Dr. Buddenberg erbeten.

Zu vermieten

ein gut möbliertes Zimmer an einen anständigen jungen Mann.
Börjensstraße 28, Seiteneingang.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Brudstraße 2, Berlin SW.

Hebten erliegen:

Des Seemanns Leben und Leiden.

Zur Warnung für Die aus dem Binnenland, zur Warnung der Seemanns- und Matrosen nach abnormen Belagen getreten der Wahrheit geschäftl. 64 Seiten mit Illustrat. Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.

In keinem kapitalistischen Betriebe ist die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so raffiniert schamlos und grausam, wie im Schiffahrtsgewerbe, nirgends wird mit Leben, Ehre und Gesundheit der Arbeitskräfte so gewissenlos umgegangen wie hier, nirgends ist der Arbeiter so wehrlos den Willkürungen brutaler Vorgesetzter ausgesetzt, als auf „unseren“ Schiffen. In größt Kapiteln beschreibt die Schrift an der Hand von abnormen schrecklichen Beispielen, wie das Leben der Seeleute auf See, wie wenig gekanntes und jetzt zugleich den Weg, den die ausgebeuteten Seeleute beschreiten müssen, wenn sie eine Besserung ihrer Lage herbeiführen wollen.

Die Kapitel lauten: Was wollen wir? — Der Seemannsberuf und das Kapital. — Behandlung der Seeleute an Bord. — Die Seemannsverbände in den verschiedenen Ländern. — Die Seemannsverbände in Deutschland. — Die Seemannsverbände in England. — Die Seemannsverbände in Frankreich. — Die Seemannsverbände in Amerika. — Die Seemannsverbände in Australien. — Die Seemannsverbände in Japan. — Die Seemannsverbände in China. — Die Seemannsverbände in Indien. — Die Seemannsverbände in Afrika. — Die Seemannsverbände in Südamerika. — Die Seemannsverbände in Ozeanien. — Die Seemannsverbände in der Antarktis. — Die Seemannsverbände in der Arktik. — Die Seemannsverbände in der Antarktis. — Die Seemannsverbände in der Arktik.

Neueste Agitationschrift.

Es gelangte zur Ausgabe:

Christenthum u. Sklavenfrage.

Aus den Reichstagsreden der Abgeordneten Dr. Lieber, Pastor Schall u. A. Nebel bei Beratung des Kolonialgesetzes vom Febr. 1894. Preis: Einzel 5 Pf., bei Bezug von 100 bis 500 Stück 3 Pf., bei Bezug von über 500 Stück 2 Pf. pro Stück. Porto zu Lasten der Besteller.

Diese neueste Agitationschrift eignet sich über Inhalt wie des billigen Preises wegen zur Massenverbreitung, besonders in katholischen und jenen Gegenden, wo das protestantische Bismarckium dominiert.

Bar Anfertigung aller Buchdruckerarbeiten,

insbesonders:

Bereits-Statuten, Reglements, Eintritte, Geschäfts-Reglements, einseitig und in verschiedenen Sprachen, Formulare aller Art, Labels zum Aufkleben für Mitgliederbücher, begebenen Broschüren jeder Art, Flugblätter (Wahlauflagen), Zeitungs-Beilagen, ferner Preis-Courants, Rechnungen, Quittungen, Briefköpfe und Couverts etc. empfiehlt sich die untere Buchdruckerei.
Billigste Preise und günstigste Zahlungsbedingungen.
Besondere nach auswärts bei Aufträgen im Betrage von über 10 Mk. franco.
Wir halten uns den Wünschen allerorts, besonders den Fachvereinen, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen, sowie den befreundeten Geschäftstreibenden bestens empfohlen.
Zugleich bringen wir unsere **Buchbinderei** in empfehlende Erinnerung.

Paul Hug,
Buchdrucker,
Bant-Wilhelmshaven, Koolstr. 1.

Zu verkaufen

ein sechs Monate altes **Schwein** zum Welterfüttern.
Sedan, Schützenstr. 31.

S. Hinrichs.

Zu vermieten

zum 1. Mai eine **vierräumige Unter-Wohnung** mit großem Keller und Bodenraum an der Neuen Wilhelmshavenstraße.
M. Schlössel, Kürschner.

Einen grossen Posten **Federstücke** zu Strohfässern passend, **Stück 75 Pfg.**
Wulf & Francksen.

Ortskrankenkasse der Schuhmacher

von Wilhelmshaven, Bant, Neuen- und Seppens.

Am Mittwoch den 18. ds. Mts., Abends 8 1/2 Uhr

General- Versammlung

bei Dr. Hübner, Eisaß, Marktstraße 7.

- Tages-Ordnung:**
1. Erhöhung der Beiträge.
 2. Wahl der Kassaboten.
 3. Wahl der Revisoren.
 4. Wahl der Krankenbesucher.
 5. Beschlußfassung über Rechte und Pflichten des Rechnungsführers.
 6. Berichtendes.

Der Vorstand.

J. R. Die Bureaukunden des Rechnungsführers, Herrn Schuhmachermeisters Gehrels, sind von 8—12 Uhr Vormittags und von 2—6 Uhr Nachmittags.

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Bant.

Am Mittwoch den 11. April, Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Lokale des Herrn Heilemann, „Zur Kröge“ in Bant.

- Tages-Ordnung:**
1. Hebung der Beiträge.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
 3. Fragekasten.
 4. Berichtendes.

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Mitglieder werden besonders auf den ersten Punkt der Tagesordnung aufmerksam gemacht, da die Quartals-Abrechnung fertig gestellt werden muß und nach deren Feststellung diejenigen Mitglieder als ausgeschlossen zu betrachten sind, die über die statutemäßige Stundung hinaus Beiträge schulden.

Partellkommission.

Freitag den 13. April 1894,

Abends 8 1/2 Uhr,

Sitzung.

Vollständiges Erscheinen notwendig.
Der Vorsitzende.

Gefunden 1 Brodhe

(länglich, in der Mitte Muschelpatte) in der Oldenburgerstraße in Belfort. Gegen Erstattung der Inskriptionskosten abzugeben in der Expedition d. Bl.

Wulf & Francksen



Ansstellung fertiger Betten.

Einschlängige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	10,25
Unterbett	10,25
2 Rissen	7,—

Mt. 27,50
zweischläfrig Mt. 31,—

Einschlängige Betten Nr. 10b

aus roth-bunt gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	13,50
Unterbett	13,50
2 Rissen	9,—

Mt. 36,—
zweischläfrig Mt. 40,50

Einschlängige Betten Nr. 11

aus rothem oder roth-roja Atlas mit 16 Pfund Halbbaunen.

Oberbett	17,50
Unterbett	17,50
2 Rissen	10,—

Mt. 45,—
zweischläfrig Mt. 50,50

Einschlängige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunenlöper, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett	22,—
Unterbett	20,50
2 Rissen	12,—

Mt. 54,50
zweischläfrig Mt. 61,—